



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

XI. Amerikanischer Imperialismus. Haager Friedenskonferenz

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

XI

Amerikanischer Imperialismus
* Haager Friedenskonferenz *

* XI. Amerikanischer Imperialismus. Haager Friedenskonferenz *

Parteiwesen in den Vereinigten Staaten	258
Vom Nationalstaat zum Imperialismus	260
Panamerikanische Kongresse	262
Amerika, England, Kanada	263
Spanisch-amerikanischer Krieg	267
Die Friedensbewegung.	271
Haager Friedenskonferenz 1899	272

Als erobernde Rasse erheben die Angelsachsen nicht bloß den Anspruch, ihre Ausbreitung sei der menschlichen Gesittung förderlich, sondern noch mehr, diese edle Absicht wäre die Triebfeder ihrer Taten, der wichtigste Ansporn zur Ausdehnung ihrer Herrschaft gewesen. In diesem Wesenszug stimmen Briten und Amerikaner überein, wobei die erste jener Behauptungen jedenfalls mehr Wahrheit enthält als die andere. Die zwei Nationen bestärken sich wechselseitig aufs eifrigste in dem Glauben, ihnen sei durch Vorsehung oder Schicksal eine besondere Sendung zugewiesen; somit versündige sich, wer ihnen zuwiderhandle, an der Zukunft der Menschheit. Solche Selbstbespiegelung stößt die Deutschen ab, deren große Persönlichkeiten, wie Luther, Friedrich der Große, Bismarck, mit voller Offenheit in alle Falten ihrer Persönlichkeit, auch in die eigene Selbstsucht hineingeleuchtet haben.

Während nun die Feinde der Deutschen darin einen Beweis für eine gewisse Roheit der Empfindung erblicken, erscheint diesen die moralische Schminke der Angelsachsen als Heuchelei: das eine Urteil ist ebenso hart wie das andere. Abriß leistet den Angelsachsen ihre Denkungsart gute Dienste für ihre Stellung unter den Nationen: denn die Welt nimmt die Verbeugung vor den Geboten der Sittlichkeit, selbst wenn sie verletzt werden, als Versuch der Sühne. Auch ist unverkennbar, daß Briten und Nordamerikaner — nicht die einzelnen, wohl aber das Volk als Ganzes — von dem Edelmut ihrer eigenen Triebfedern überzeugt sind, wobei Verirrungen und Verfehlungen eingestanden werden. Besonders die junge Nation jenseits des großen Wassers versöhnt einigermaßen durch die Naivität ihres Glaubens an sich selbst. Sie hält sich für den Auszug aller edlen Säfte der Völker, aus denen sie hervorgegangen ist. Der richtige Yankee huldigt der Geschichtsphilosophie, all die schweren Mutterwehen der Menschheit hätten dazu gedient, sein eigenes Volk als Sonntagkind ans Tageslicht zu fördern.

Parteiwesen in den Vereinigten Staaten

Solange die Vereinigten Staaten dünn bevölkert waren, hatte der Süden dank der reichen Gaben einer gesegneten Natur die Führung; erst im Jahre 1824 wurde ein Bürger aus dem Norden, John Quincy Adams, zum Präsidenten der Republik gewählt. Dann wuchsen die nördlichen Staaten durch die ununterbrochene Einwanderung aus Europa wie durch das Aufblühen der Industrie empor. Das Ringen um die Macht gipfelte in dem 1861 bis 1865 währenden Bürgerkriege. Die Sache des Südens wurde seit jeher von der demokratischen Partei verfochten, die sich für die Selbstbestimmung der Einzelstaaten einsetzte, in der Absicht, die Negerklaverei dort, wo sie bestand, aufrechtzuerhalten. Dem entgegen forderte die republikanische Partei die Unterwerfung unter die Bundesgewalt und ordnete, als sie zur Herrschaft kam, die Abschaffung der Sklaverei an. Straffere Zentralisation stand also gegen losen Föderalismus. Der Aufmarsch der Parteilager war so gewaltig, jede der zwei Wahlorganisationen so kunstvoll ausgebaut, daß sie auch beisammenblieben, als über den Grundsatz in blutigen Schlachten endgültig entschieden war. Nach wie vor bilden die Baumwoll- und Getreidepflanzer des Südens den Kern der demokratischen, die Industriellen des Nordens das Rückgrat der republikanischen Partei. Der letzteren kam die Gefolgschaft der von ihr befreiten Neger zugute, während die Demokraten hinwiederum in den nördlichen Staaten die Unterstützung eines guten Teiles der ärmeren Schichten, Kleinbürger und Arbeiter, gewannen. Ganz naturgemäß, da der kleine Mann seinen Stimmzettel mit Vorliebe als Protest gegen die Herrschaft der Besitzenden abzugeben gewillt ist. Die Fäden kreuzen und verschlingen sich dann mannigfach in den Staaten des Westens wie in der geographischen Mitte der Union. So mächtig aber sind die bestehenden Organisationen, in Nordamerika „Maschinen“ genannt, daß der Ehrgeiz der Politiker wie die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Gruppen nur durch Anschluß an eine der Hauptparteien zur Geltung kommen. Die zwei engmaschigen Parteinetze überziehen die ganze Union, um bei der Wahl des Präsidenten und der Mitglieder des Kongresses, dann in den Einzelstaaten bei der Besetzung der Ämter der Gouverneure, der

Richter, Abgeordneten und Beamten wirksam zu sein. Da nach der Wahl dem Sieger die Beute gehört, so stehen in den großen Entscheidungen viele Hunderttausende von gut bezahlten Stellen zum Preise. In Ländern wie Deutschland und Osterreich, in denen der Ausfall der Wahlen nicht über die Regierungsgewalt entschied, zersplitterten sich die ohnedies machtlosen Parteien nach Belieben in kleinere Fraktionen, deren jede ihren Neigungen nachhing. Wo aber die Mehrheit der Wähler über den Staat verfügt, ballen sich die Atome zu Gruppen und diese zu Wahl- und Herrschaftsbündnissen zusammen.

In dem bekannten Vierzeiler preist Goethe an Amerika, daß es keine verfallenen Schlösser und keine Basalte besitze; es sei nicht, wie der alte Kontinent, abhängig von einer überlebten Vergangenheit. Jetzt gilt dies für das amerikanische Parteiwesen nicht mehr: es bewegt sich vielmehr in Formen, die zwar um die Mitte des 19. Jahrhunderts beseelt waren, es aber nicht mehr sind. Die ursprünglichen Grundsätze der Parteien sind verblaßt, die „Maschinen“ dagegen haben sich erhalten. Auch in den Vereinigten Staaten wird die Gegenwart durch die Vergangenheit bestimmt.

Solange der im großen Bürgerkriege erfochtene Sieg nachwirkte, behielt die republikanische Partei die Oberhand und verfügte von 1860 bis 1884 über das Amt des Präsidenten. Sie heutete aber die Macht eigennützig aus und erregte dadurch den Unwillen der besseren Elemente auch in ihrer Mitte. So wurde der Umschwung von 1884 herbeigeführt, durch den wieder ein Demokrat, Grover Cleveland, zum Präsidenten gewählt wurde. Seitdem hielten sich die Parteien die Wage, so daß 1888 der Republikaner William Henry Harrison und 1892 wieder Cleveland als Sieger aus der Wahlurne hervorgingen.

Neue große Fragen waren im letzten Fünftel des Jahrhunderts zu lösen: Schutzzoll oder Freihandel, Gold- oder Silberwährung, Selbstbescheidung oder Ausdehnung des Gebietes der Republik. Die Antworten der zwei großen Parteien fielen so aus, wie es ihrer Verbreitung in den einzelnen Landesteilen oder in den verschiedenen Volksschichten entsprach. Da die Republikaner sich auf die Industrie des Nordens stützten, arbeiteten sie für den Schutzzoll; die Demokraten waren Freihändler, wegen ihres Anhanges unter den Landwirten des Südens und bei den arbeitenden Schichten des Nordens, die sich ihren Verbrauch nicht verteuern lassen wollten. Unter der

Präsidentschaft des Republikaners Harrison drang 1890 der McKinley-Tarif mit seinen hohen Sätzen durch; er wurde unter Cleveland 1894 ermäßigt; kaum aber waren wieder die Republikaner 1897 ans Ruder gekommen, so erfuhren die Einfuhrzölle im Dingley-Tarif eine ansehnliche Erhöhung. Es ist ein Irrtum, den sogenannten prinzipiellen Gründen bei diesen Wechselfällen überzeugende Kraft zuzuschreiben. Nicht Grundsätze, sondern Interessen haben je nach ihrer Stärke jedesmal gestiegt. Durch die überwiegende Macht der Industrie des Nordens wurden die Vereinigten Staaten seither beim Schutzzoll festgehalten.

*

Vom Nationalstaat zum Imperialismus

In großen Linien vollzog sich in den Vereinigten Staaten dieselbe Entwicklung wie sonst auf dem Erdenrund. Die Union mußte im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 erst den einheitlichen Nationalstaat gegen den Abfall des sklavenhaltenden Südens verteidigen. Bis dahin war sie, wenn auch nach der Verfassung eine Einheit, ein lockeres Bündel von Gemeinwesen, deren Glieder in Gruppen gespalten waren. Der Vergleich mit den Einigungskämpfen der Deutschen und der Italiener darf nicht zu weit getrieben werden, dagegen ist die Ähnlichkeit mit der Formung des japanischen Einheitsstaates unverkennbar. Auch in Amerika loht dann ein brennendes Nationalgefühl auf: es gipfelt in der Vertreibung der Chinesen und Japaner aus den westlichen Staaten der Union, mag auch dazu noch stärker der Unwille der arbeitenden Klassen Nordamerikas angetrieben haben, die sich die Herabdrückung der Löhne durch den genügsamen und sparsamen gelben Mann nicht gefallen ließen. Diese zwei Motive wirkten auch bei den gegen die europäische Einwanderung erlassenen Sperrgesetzen zusammen.

Der mächtig gewordene Nationalstaat rekt seine Glieder und wird aus einer amerikanischen eine Weltmacht. Nur darf man sich den Übergang nicht unvermittelt denken, Ursachen und Anzeichen reichen vielmehr in eine frühere Zeit zurück. Schon Jefferson, der Gefährte Washingtons, ließ sich vernehmen: „Ich gestehe offen, daß ich immer auf Kuba als die wünschenswerteste Zugabe zu unserem Staatensystem geblickt habe.

Die Beherrschung des Golfes von Mexiko, der angrenzenden Länder und der Landenge von Panama würde das Maß unseres politischen Wohlbefindens voll machen.“ Schon im Jahre 1848 wollte der Staatssekretär Buchanan die spanische Regierung bestimmen, für 100 Millionen Dollars Kuba zu verkaufen; nicht viel später spricht ein wenn auch nicht amtliches Manifest amerikanischer Politiker, darunter hoher Würdenträger, „von dem Zwange des Naturgesetzes, das nach jedem menschlichen und göttlichen Gesetz Amerika berechtigen würde, die Insel Kuba den Spaniern zu entreißen“. Echt angelsächsisch berührt in diesen tönen- den Redensarten die Berufung auf Moral und Religion, um zur Eroberung einer reichen Insel anzufeuern.

Auch in Amerika erfreute sich die Verkündigung einer Zukunft ewigen Friedens gleißender Volkstümllichkeit, ohne daß dadurch der Drang nach Weltmacht eingedämmt wurde. Eigentümlich ist für die Union die Erscheinung, daß es dieselben Staatsmänner sind, die pazifistische Eidschwüre ablegen und dabei Eroberungs- und Angriffskriege vorbereiten. Theodor Roosevelt und Woodrow Wilson, obwohl politische Gegner, stimmen als echte Söhne ihres Landes in diesen Widersprüchen überein, die ihnen in der Praxis treffliche Dienste geleistet haben. Die Moral ist zum guten Teil eine von dem Schwächeren ersonnene und von ihm ausgebildete Schutzwehr, durch welche sich der Stärkere selten abhalten läßt, wenn er sie vorher auch unter Begleitung von Flöten und Schalmeyen in Preisliedern besungen hat. So bemächtigte sich die Union 1903 der tatsächlichen Herrschaft über Panama und ließ sogar 1918 Truppen in die Stadt einrücken, unter dem Vorwand, dies sei durch die daselbst herrschende Unsitlichkeit notwendig geworden; so zwang Wilson während des Weltkrieges Dänemark zum Verkauf der westindischen Insel St. Thomas, mit der Drohung, es werde das Eiland sonst auch ohne förmliche Abtretung besetzen lassen. Mexiko, das stark genug war, sich zu wehren, blieb vom Zugriff noch verschont, während das zerklüftete Zentralamerika sich dem Willen der Union beugte. Der letzte Gedanke der nordamerikanischen Republik wurde vom Staatssekretär Olney ausgesprochen, indem er während des Streites um Venezuela 1895 die englische Regierung wissen ließ: „Wir sind tatsächlich souverän auf diesem Kontinent, wo unser Wille Gesetz ist.“ Das ist allerdings erst ein Anspruch, noch keine Tatsache.

*

P a n a m e r i k a n i s c h e K o n g r e s s e

Etwa seit 1880 machen sich die imperialistischen Bestrebungen deutlich bemerkbar. Sie faßten zuerst in der republikanischen Partei Wurzel, weil bei ihr die Kaufherren und die Industriekönige die Richtung bestimmten: diese aber erwarteten von der Ausdehnung des Gebietes der Union, wie auch von ihrer erhöhten internationalen Geltung vermehrten Warenumsatz und stattliche Gewinne. Zunächst wurden nicht Gebietserwerbungen, sondern moralische Eroberungen ins Auge gefaßt. Darauf zielte der Plan, alle Staaten des amerikanischen Erdteils zu einem Bunde zu vereinigen: kam es zur Ausführung, so errang die Union von selbst die Vorherrschaft. Schon 1825, unmittelbar nach der Losreißung der spanischen Kolonien vom Mutterlande, war ein panamerikanischer Kongreß zusammengetreten, ohne aber zu greifbaren Ergebnissen zu führen. Der Staatssekretär des republikanischen Präsidenten Harrison, James Blaine, griff den Gedanken mit Feuereifer auf, stieß aber auf die Bedenken der anderen Staaten, die für ihre Selbständigkeit fürchteten. Wohl gelang es der Regierung der Union, durch Vorsicht im Auftreten und Hervorkehrung eigener Selbstlosigkeit die Eifersucht der übrigen Gemeinwesen so weit zu beschwichtigen, daß 1889 in Washington ein panamerikanischer Kongreß aller selbständigen Staaten, mit Ausnahme San Domingos, zusammentrat; da während der Tagung Brasilien seinen Kaiser Pedro II. absetzte (15. November 1889), waren die republikanischen Regierungen unter sich. Nach der Eröffnung des Kongresses am 2. Oktober 1889 ließ der Präsident der Vereinigten Staaten in großartiger Gastfreundschaft alle Abgesandten eine sechs-wöchentliche Rundfahrt durch die Union unternehmen, bei der sie als Schöpfer eines neuen Weltzeitalters gepriesen und in eine Wolke von Weihrauch gehüllt wurden. Blaine als Präsident des panamerikanischen Kongresses wußte mit großer Geschicklichkeit alles zu vermeiden, was wie ein Anspruch der Vereinigten Staaten auf Vorrang oder als ein von ihnen geübter Druck empfunden werden konnte; auch sonst waren die Vertreter der Vereinigten Staaten eitel Brüderlichkeit und Selbstbescheidung. Das nun hörten die Abgesandten der anderen Staaten mit Vergnügen und bezahlten mit zierlichen

oder überschwänglichen Redensarten. Sie ließen sich jedoch auf dem Kongreß nicht für eine engere Verbindung, noch weniger für eine überstaatliche Gemeinsamkeit einfangen. Wohl wurde in 70 vielstündigen Sitzungen über umfassende Entwürfe verhandelt, so über eine ganz Amerika umfassende Zollunion, über eine nord-südliche Eisenbahn durch die ganze Länge des Erdteils, über Einheit von Währung, Münze, Maß und Gewicht: aber die Beschlüsse bestanden bloß in Vorschlägen oder in Berichten an die Regierungen der vertretenen Staaten, wodurch für keine derselben eine Verpflichtung übernommen war. Ein einziger Vertrag wurde vereinbart, der über ein in allen Streitfällen obligatorisches Schiedsgericht, gegen den aber Chile sofort Einspruch, Mexiko wenigstens Bedenken erhob: und der Vertrag wurde hinterher von keinem einzigen Staate genehmigt. Blaine sagte zwar, bevor dieses klägliche Ergebnis offen zutage getreten war, in der Schlußsitzung, der Kongreß hätte mit dem Vertrage eine neue Magna Charta geschaffen und den Kriegen in Amerika ein Ende gemacht; der staatskluge Mann hat sein Redefeuerverk jedoch wohl nur zur Augenweide abgebrannt, da er den Ausgang voraussah. Noch waren die Dinge nicht reif, die Gemüter nicht genügend vorbereitet, vor allem aber die Union nicht mächtig genug, um Größeres erzwingen zu können. Der Faden wurde dann auf den pan-amerikanischen Kongressen zu Mexiko 1901 und zu Rio de Janeiro 1906 weitergesponnen, im einzelnen auch manches Gute gefördert, die anfänglichen Erwartungen jedoch sind nicht erfüllt worden¹⁾.

*

A m e r i k a , E n g l a n d , K a n a d a

Während der zweiten Präsidentschaft des Demokraten Cleveland 1893 bis 1897 trat die imperialistische Versuchung immer näher an die Bürger der Union heran. Der vieljährige Krieg auf Kuba, wo die Eingeborenen mit wechselndem Glücke gegen die spanische Herrschaft kämpften, reizte zum Eingreifen. Cleveland wirkte mäßigend. Er widerstand dem Drängen des Kongresses, der empfohlen hatte,

¹⁾ Alfred H. Fried, „Pan-Amerika“ (Berlin 1900).

die Aufständischen als kriegführende Macht anzuerkennen, und untersagte strenge jede Verletzung der Neutralität. Überhaupt war dieser Präsident unbeugsam und selbstwillig; er setzte sein verfassungsmäßiges Veto einer größeren Zahl von Beschlüssen des Kongresses entgegen als irgendeiner seiner Vorgänger oder Nachfolger. Seine Partei, die sich in der Mehrheit für die Doppelwährung einsetzte, verargte es ihm besonders, daß er der Ausprägung des entwerteten Silbers ein Ende machte; er war jedoch im Recht, da nur so der Zerrüttung der Landeswährung Einhalt getan werden konnte.

Cleveland hatte dagegen das ganze Land für sich, als er gelegentlich eines Grenzstreites in Südamerika den Briten mit großer Schärfe entgegenwirkte. Bei diesem Anlasse zeigte der junge amerikanische Adler Europa zum erstenmal die Krallen. Zwischen der englischen Kolonie Guyana und der Republik Venezuela war ein Grenzstreit ausgebrochen, in dessen Verlauf Großbritannien die Bestellung eines Schiedsgerichts ablehnte und mit Gewalt vorzugehen Miene machte. Da trat Cleveland gebieterisch dazwischen. In einer Aufsehen erregenden Botschaft behauptete er, die Grundsätze der Monroedoktrin ließen solche Machtentfaltung eines europäischen Staates nicht zu. Präsident Monroe hatte in seiner berühmten Botschaft 1823 zwar nur ausgesprochen, daß die Erweiterung europäischen Kolonialgebietes auf amerikanischem Boden unstatthaft wäre: Cleveland aber wendete den Grundsatz auf den vorliegenden Fall an und zog den Streit 1895 vor den Richterstuhl der Union. Er schlug dem Kongreß die Einsetzung einer Kommission vor, welche endgültig über die Grenze zwischen Venezuela und Britisch-Guyana entscheiden sollte; dann werde die Union mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem Spruche Geltung verschaffen. Der Kongreß stimmte ohne weiteres zu. Damit waren die Befugnisse eines neutralen Staates überschritten, aber die Haltung der Union war so drohend, daß England nur die Wahl zwischen einem Bruche mit den Vereinigten Staaten und der Unterwerfung hatte. Nun verfolgte England eben große Ziele im Sudan und in Südafrika und fand die europäischen Mächte wiederholt auf seinen Wegen, bald Frankreich, bald Rußland, bald Deutschland. Deshalb hielt das Ministerium Salisbury Nachgiebigkeit für geraten und fügte sich knirschend dem Spruche des amerikanischen Präsidenten. Überhaupt machte England aus der Not eine Tugend und ließ sich auch weiter seitens der Vereinigten Staaten mehr als

eine Demütigung gefallen, um in seiner Eroberungspolitik in Afrika und Asien nicht gestört zu werden. Daß Werben um die Freundschaft der Union blieb der feststehende Grundsatz aller englischen Regierungen, mochte Amerika auch — besonders in Sachen des Panamakanals — den britischen Stolz tief verletzen. Um diesen hohen Preis erzielte England eine Art Verbrüderung der zwei angelsächsischen Reiche. So bahnten sich die Weltfreundschaften und Weltbündnisse an, die im nächsten Jahrhundert die Geschicke der Menschheit bestimmen sollten.

Mit dem Ende der Präsidentschaft Cleveland's durchbrach die imperialistische Strömung die Dämme. Die Demokraten waren durch die Währungsfrage gespalten, so daß ihr Mann, Bryan, der Führer der Silberpartei, bei der Präsidentenwahl von 1897 gegen die Republikaner unterlag: William Mac Kinley trat an die Spitze der Union und hauchte der Politik des Landes frischen Offensivgeist ein. Staatssekretär John Hay, Kriegsminister Elihu Root und Theodor Roosevelt, Unterstaatssekretär der Marine, waren seine hervorragendsten, durch große Begabung ausgezeichneten Ratgeber. Zunächst wurden höhere Schutzzölle eingeführt, dann Gebietswerbungen ins Auge gefaßt. Pazifismus war das im Munde geführte Schlagwort, aber die äußere Politik wurde von Hay völlig imperialistisch geführt. Die Nation hatte sich durch eine unermüdlische Kolonisation in den Besitz des weiten Landes zwischen den zwei Ozeanen gesetzt; jetzt suchten die überschüssigen wirtschaftlichen und geistigen Kräfte Raum zur Betätigung im Ausland. Es ist kein Zufall, daß der Amerikaner Mahan damals die Bücher schrieb, in denen er die Bedeutung einer Kriegsflotte für die Herrschaft zu Land wie zur See geschichtlich und theoretisch ausführlich begründete¹⁾. Auf diesen Bahnen schritten die Machtpolitiker einher, die darauf hinwiesen, daß die Union auch früher durch diplomatische und militärische Mittel ihr Gebiet erweitert hatte, so 1803 um Louisiana, 1847 nach dem Kriege mit Mexiko um Texas und Kalifornien. „Die Expansion des amerikanischen Einflusses ist eine historische Notwendigkeit, die Kräfte, welche einen Staat groß gemacht haben, wirken durch seine ganze Geschichte weiter²⁾.“

¹⁾ Alfred Th. Mahan, nordamerikanischer Seeoffizier, veröffentlichte 1890 das Werk „Influence of sea-power upon history 1660—1783“ und 1893 „Influence of sea-power upon the French Revolution and Empire“.

²⁾ Dies der Kernsatz des amerikanischen Imperialismus nach der eingehenden Darstellung von Hugo Münsterberg, „Die Amerikaner“ (Berlin 1904), I, S. 307ff.

Das Augenmerk der Imperialisten richtete sich ursprünglich auf Kanada. Dies um so mehr, als dahin aus der Union eine starke Einwanderung ging, wodurch der Westen Kanadas besiedelt wurde. Eine Zeitlang waren auch die Beziehungen zwischen Kanada und dem Mutterland durch Meinungsverschiedenheiten über Handelspolitik getrübt. Es gab in Kanada eine Partei, welche den Grundsatz verfocht, mit Amerika sei ein Handelsvertrag zu schließen, welcher der Union dieselben Begünstigungen zu gewähren hätte wie Großbritannien. Daneben gab es eine Strömung für den engen Zusammenschluß Kanadas und der anderen britischen Kolonien mit dem Mutterland, entsprechend den von Chamberlain mächtig geförderten Ideen. In Kanada kam es zur Entscheidung, als die Union sich durch den Zolltarif Mac Kinleys gegen außen abschloß und die englische Kolonie nötigte, sich den britischen Markt für ihre Bodenerzeugnisse zu sichern (Seite 84). Mit dem kanadischen Staatsmann Wilfried Laurier kam 1896 die zu England haltende liberale Partei ans Ruder, welche die Entscheidung brachte. Kanada schuf 1897 einen Zolltarif, der England eine 25prozentige Zollbegünstigung vor dem gesamten Ausland gewährte. Der Anschluß Kanadas an Großbritannien wurde immer enger und führte 1900 zur Absendung eines Hilfskorps im Kampfe gegen die Buren. Mit all dem wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada ein kräftiger Strich gezogen, so daß sich der Ehrgeiz der amerikanischen Imperialisten anderen Zielen zuwandte.

Vor allem reizten die Hawai- oder Sandwichinseln zum Zugreifen, schon wegen ihres milden Klimas und ihrer Fruchtbarkeit, noch mehr wegen ihrer günstigen Lage im Großen Ozean, in welchem sie gewissermaßen einen Brückenpfeiler zwischen Asien und Amerika bilden. Die Inseln wurden von Bürgerkriegen heimgesucht, nach Vertreibung der Königin Liliuokalani als Republik eingerichtet. Da die Unruhen fort dauerten, erreichten die Vereinigten Staaten es leicht, 1897 als Retter und Schützer herbeigerufen zu werden. Präsident Mac Kinley ließ am 12. August 1898 das Sternenbanner auf den Inseln hissen.

*

Spanisch-amerikanischer Krieg

Unmittelbar vorher bekamen die Spanier die rauhe Hand der nordamerikanischen Union zu spüren. Vergebens bemühten sie sich, den Aufstand auf der Insel Kuba abwechselnd mit friedlichen Mitteln und durch kriegerische Maßnahmen zu dämpfen; auch die unbarmherzige Strenge des Generals Weyler, der 1896 mit einem Heere erschien, führte nicht zum Ziel. In den Vereinigten Staaten wurde die Strömung zugunsten der Kubaner aus verschiedenen Quellen genährt. In den breiten Schichten war es aufrichtige Teilnahme für das Schicksal und den Freiheitskampf der schwer heimgesuchten Insel; dann aber war viel amerikanisches Kapital auf der Insel angelegt, besonders die Zuckermagnaten der Union wie die Tabakhändler gelüstete es nach den Plantagen Kubas. Wäre den Aufständischen nicht amerikanisches Geld zu Hilfe gekommen, so würden sie unterlegen sein; je größere Summen aber zuströmten, desto brennender der Wunsch der Union, durch die Einverleibung der Insel das Kapital in Sicherheit zu bringen. So waren die idealistischen Antriebe der Massen dicht mit Finanzspekulationen verwoben. Die Staatsmänner aber, wie Mac Kinley und der Unterstaatssekretär der Marine Roosevelt dachten vor allem an die Machterweiterung der Union, waren von politischem Ehrgeiz wie von dem Wunsche getrieben, Glanz und Einfluß ihrer Partei zu erhöhen. Es war nichts Kleines, der „Perle der Antillen“ den inneren Frieden und damit höhere Gesittung zu bringen.

Ein Vorwand zum Kriege mit Spanien war leicht gefunden. Das nordamerikanische Panzerschiff „Maine“ war nach der Insel geschickt worden, angeblich, um die Bürger der Vereinigten Staaten zu schützen, mehr aber, um den Aufständischen Mut einzuflöhen. Da flog es am 15. Februar 1898 in die Luft, worauf in der Union der Wutschrei erscholl, es wäre dem Hasse der Spanier zum Opfer gefallen. Das war geradezu unsinnig, da der spanischen Regierung wie ihren Anhängern nichts Schlimmeres widerfahren konnte als die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung in der Union; auch wurde nach dem Kriege durch genaue Untersuchung festgestellt, daß das Auffliegen des Schiffes die Folge der Zersetzung des Pulvers gewesen war. Die amerikanische Regierung forderte von Spanien Rechenschaft und

gab sich, während sie Rüstungen anordnete und die Erregung nährte, den Anschein, als ob sie von dem unwiderstehlichen Strome der öffentlichen Meinung fortgerissen würde. Ein Schauspiel, so schmähtlich wie eines im Zeitalter des Absolutismus und der Kabinettskriege: es endigte, nachdem die Rüstungen der Union abgeschlossen waren, mit einem Ultimatum, das die volle Unabhängigkeit Kubas und die Zurrückziehung der spanischen Truppen von der Insel forderte.

In dem darauf entbrannten Kriege wurde der erste Schlag nicht auf Kuba, sondern auf den Philippinen geführt. Unversehens erschien der amerikanische Admiral Dewey vor den Inseln, die sich gleichfalls im Aufstande gegen die Spanier befanden, und griff am 1. Mai 1898 mit überlegener Macht die paar alten Fahrzeuge des Feindes an, die ohne Mühe zusammengeschossen wurden. Eine Waffentat, die ohne Grund den Admiral zum Nationalheros machte; in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, das er am 13. August besetzte, wurde er als Befreier begrüßt.

Ähnlich ging es auf Kuba. Die amerikanische Flotte unter Sampson war auch hier der spanischen so überlegen, daß diese im Hafen von Santiago Zuflucht suchte und blockiert wurde. Damit der Seeherrschaft sicher, ließ die Union am 22. Juni eine Armee landen und Santiago so eng einschließen, daß die Übergabe der Stadt und weiter auch der spanischen Flotte in unvermeidliche Nähe rückte. Die spanische Regierung empfand es aber als Schimpf, ihre Flotte ohne Kampf dem Feind in die Hände fallen zu lassen. Sie befahl also dem Admiral Cervera, um jeden Preis auszulassen und zu versuchen, ob er nicht mit der Flotte entkommen könnte. Der Admiral wendete ein, das Verlassen des Hafens bedeute sicheren Untergang. Da der Befehl jedoch wiederholt wurde, mußte er gehorchen, verließ den Hafen und sah sich sofort angegriffen; am 3. Juli wurde seine Flotte vollständig vernichtet, da seine Schiffe gegen die weitertragenden Geschütze der amerikanischen wehrlos waren.

Den Spaniern blieb, da sie sich nicht ergeben wollten, nichts übrig, als mutig unterzugehen, während die Amerikaner nach ihrem eigenen Ausdruck lediglich eine Schießübung auf lebende Ziele veranstalteten.

Unerwartet dagegen war, daß auch das spanische Landheer auf Kuba vollständig versagte. Man hatte angenommen, diese länger dienenden spanischen Mannschaften würden der aus Freiwilligen be-

stehenden amerikanischen Armee gewachsen sein. Indessen drang diese in ungestümen Angriffen unaufhaltsam vor; hierbei zeichnete sich Theodor Roosevelt aus, der in das Regiment der Rauhen Reiter eingetreten war und bald darauf dessen Kommando erhielt. Die Spanier wurden eingeschlossen und ergaben sich mit der Hauptstadt Santiago am 16. Juli.

Der am 10. Dezember 1898 geschlossene Friede kostete Spanien nahezu alles, was ihm von seinem einst glänzenden Kolonialreiche noch erhalten war. Es mußte nicht bloß auf Kuba und die Philippinen, sondern auch auf die Insel Portorico verzichten. Sein einziges Unrecht bestand darin, daß es schwächer als die Union war, die ihre Macht rücksichtslos gebrauchte. Die Union ging darauf in Kuba und auf den Philippinen nach entgegengesetzten Grundsätzen vor. Kuba wurde als selbständige Republik anerkannt, der die Union Schutz angedeihen ließ; die Insel erholte sich wirklich bald von den Folgen des Bürgerkrieges und blühte erfreulich empor. Insofern ist der durch den Krieg angestrebte ideale Zweck auch erreicht worden. Dagegen wurden die Philippinen und Portorico als Kolonien von amerikanischen Beamten verwaltet, eine Ordnung der Dinge, die im Widerspruch stand mit dem ganzen Geiste der amerikanischen Verfassung. Die Eingeborenen auf den Philippinen, malayische Stämme mit guten Anlagen, hatten aber gegen die spanische Herrschaft nicht in der Absicht gekämpft, um sie mit der amerikanischen zu vertauschen. Sie gaben sich nach Ausbruch des Krieges eine freie republikanische Verfassung, die von den Amerikanern jedoch nicht anerkannt wurde. Deshalb setzten sie sich unter Führung Aguinaldos zur Wehr und verteidigten sich mit solchem Nachdruck, daß die Union zu ihrer Bekämpfung 50 000 Mann aufbieten mußte. Trotzdem reichte die Herrschaft der Amerikaner zeitweilig nur so weit wie die Geschosse ihrer Schiffskanonen. Als Aguinaldo 1901 mit seinem Stabe durch Verrat gefangengenommen wurde, schien die Sache völlig entschieden; indessen dauerte der Widerstand in Wald und dichtem Buschwerk fort und kostete der Union viel Leute und Geld. So war der Kampf um die Befreiung der Inseln eine Karikatur geworden, was auch viele Amerikaner fühlten. Es bestand eine Gegenströmung, sie drang jedoch gegen die herrschenden Gewalten nicht durch. Mac Kinley wurde zum zweitenmal, wieder im Kampfe gegen Bryan, zum Präsidenten gewählt, starb aber schon am 14. September 1901 an den Folgen

eines anarchistischen Anschlages, worauf der Vizepräsident Theodor Roosevelt die Leitung der Geschäfte übernahm. In ihm waren die imperialistischen Neigungen der Nation verkörpert, in seiner ganzen Staatsauffassung fand er sich mit den leitenden Männern Englands zusammen.

Aberhaupt trug der spanisch-amerikanische Krieg viel dazu bei, die angelsächsischen Völkern einander näherzubringen. Anfangs zwar spielte die englische Regierung mit dem Gedanken, der gefährlichen Ausdehnung der Union in Zentralamerika eine Schranke zu setzen; ihr Botschafter in Washington, Pauncefoot, regte einen Schritt der europäischen Mächte zur Erhaltung des Friedens an. Da dies aber in Washington mißfiel, schwenkte England beim Ausbruch der Feindseligkeiten ein und die britische Presse sprach sich in ihrer Mehrheit mit gesuchter Wärme für die Union aus. Das geschah aus kluger Berechnung, um sich mit dem stärkeren Teile zu verhalten, doch auch weil die Verwandtschaft der imperialistischen Politik der zwei Reiche unverkennbar war. Das Tochterland handelte nach den Grundsätzen Albions, das dadurch viele seiner Gewalttaten gerechtfertigt sah. Unangenehm aber fühlten sich die Amerikaner berührt, als aus Deutschland und Österreich-Ungarn vielfach Mißbilligung ihres Verfahrens herüberscholl. Überflüssigerweise verfiel die deutsche Regierung auf den Gedanken, ihr ostasiatisches Geschwader unter Admiral Diederichs gerade in dem Zeitpunkte vor Manila erscheinen zu lassen, in welchem 1898 die Entscheidung über die Philippinen fiel. Das geschah bloß aus unpraktischem Kraftgefühl, ohne jede verletzende Absicht; die englische Presse aber benutzte das Ereignis zu einem Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland, das angeblich gegen die Union hatte Zeugnis ablegen wollen. Wie hell erstrahlte jetzt die Freundschaft Albions für die Union! Es lebten viele Millionen in Nordamerika, die des ehrlichen Glaubens waren, der Feldzug gegen die Spanier sei ein Werk der Befreiung; es tat ihnen wohl, aus England zu hören, man finde es hier selbstverständlich, daß die höhere Gesittung mit fester Hand in verrottete Verhältnisse Ordnung bringe. Blutsverwandtschaft, dann ähnliche wirtschaftliche Entwicklung waren Ursachen, die zu denselben Methoden des Handelns gegen fremde Staaten führten; hierauf aber wurde gleiche Denkart ein neuer Kitt zur Befestigung der alten Bande. Wohl brachte der Burenkrieg zunächst, wie wir sehen werden, deren Locke-

rung, dann aber schlossen sich die zwei angelsächsischen Nationen immer enger zusammen.

*

Die Friedensbewegung

Der imperialistische Gedanke hatte zu Ende des Jahrhunderts seinen Siegeslauf durch die alte und die neue Welt beendet. Indessen besaß er im Reiche des Geistes, in dem stets eine Fülle von Ideen um Geltung ringen, nicht die Alleinherrschaft. Es ist ein Ausnahmefall, daß es dem Christentum gelungen ist, die Widerstände zu überwinden und sämtlichen Nationen des Abendlandes sein mildes Joch aufzuerlegen. Sonst gab es durch alle Jahrhunderte beim Auf- und Niederwogen der Meinungen kaum je einen vollständigen Sieg. So setzte sich bis zum Ausbruche des Weltkriegs dem Eroberungsdrange der Machthaber und Völker die Predigt des ewigen Friedens entgegen.

Die Friedensbewegung ist der Ausdruck einer Sehnsucht, die so alt ist wie die Menschheit. Dieses Bedürfnis wirkte um so stärker, je ferner die Erfüllung war. Jesaias schrieb sein erstes Kapitel, diese Weissagung des Weltfriedens, der den Wolf neben das Lamm, den Tiger neben das Böcklein betten werde, mitten unter den Kämpfen der vorderasiatischen Reiche um die Alleinherrschaft. Als sich in Italien Ghibellinen und Guelfen am wildesten zerfleischten, feierte Dante in seinem Buche „Über die Monarchie“ die Kaisergewalt als das höchste irdische Gericht, als Unterpfand künftigen Friedens. Während Europa durch den Spanischen Erbfolgekrieg und den Nordischen Krieg verheert wurde, ersann Saint Pierre sein 1713 veröffentlichtes „Projekt des ewigen Friedens unter den christlichen Monarchen“. Die Wurzeln des modernen Friedensgedankens liegen, wie bei allen derartigen Bewegungen früherer Epochen, im Boden der Religion: auch darin kann die Idee nicht auf Originalität Anspruch erheben. Von den Quäkern Amerikas, vornehmlich von Elihu Burritt, ging der Anstoß aus, der zum allgemeinen Friedenskongresse in Brüssel 1848 führte, dem ersten in der langen Reihe solcher Tagungen während der nächsten sechzig Jahre.

Auf einem der Friedenskongresse erschien Garibaldi unmittelbar vor einem seiner der Eroberung Roms geltenden Feldzüge. Er kündigte hier an, ein einziger Krieg sei noch notwendig, den er auch zu führen gedenke, der um die Befreiung Roms von päpstlicher Herrschaft: dann werde die Menschheit sich der Segnungen des ewigen Friedens erfreuen können. Diese Versicherung ist, wie alle Taten und Reden des berühmten Freischarenführers, Ausdruck der ihm eigenen selbstsicheren Naivität. Solche Ankündigungen eines letzten, des einzigen noch notwendigen Krieges sind auch von weniger reinen Naturen ausgegangen. So hat Nikolaus Danilewskij in seinem 1871 erschienenen Buche das panslawistische Ideal geformt, die Einigung aller Slawen wie die Eroberung Konstantinopels durch den Zaren für notwendig erklärt: dann aber, so versprach er großmütig, werde das heilige Rußland an die Spitze eines Bundes aller Nationen Europas treten und der Welt den allgemeinen Frieden bringen. Die Menschen sind immer geneigt, ihre eigenen Wünsche und Begierden mit den ewigen Bedürfnissen des Menschengeschlechtes zu verwechseln. Viele der sogenannten Ideale sind nur die wohlersonnenen Hüllen für die Selbstsucht der Einzelnen und der Völker.

*

Haager Friedenskonferenz 1899

Das Gemüt des Zaren Nikolaus II. wurde von der Idee des ewigen Friedens lebhaft ergriffen, er glaubte sich zu ihrem Herold berufen. Der Gedanke kreuzte sich in seinen Vorstellungen mit einem anderen, der ihn aber geradezu aufhob. Hatte doch, wie erzählt wurde (Seite 146), Fürst Uchtomskij den jungen Nikolaus für den großen Plan einer Ausdehnung der Macht und der Zivilisation Rußlands über Asien gewonnen, welcher Erdteil im Grunde nur eine Fortsetzung des Zarenreiches wäre. Anschläge dieser Art mußten Japan, China und in letzter Linie Indien in Bewegung setzen und lange währende Kriege hervorrufen. Der Gedankengang Uchtomskijs lagerte in dem schwachen Geiste des Zaren unvermittelt neben dem pazifisti-

schen, für welchen ihn der russische Staatsrat Iwan von Bloch gewann. Dieser ehemalige Bankier und Eisenbahnunternehmer, Verfasser mehrerer nationalökonomischer Werke, wendete sich zuletzt mit brennendem Eifer dem Studium des Kriegswesens zu, auf welchem Gebiete er sich ausgebreitete Kenntnisse erwarb. Er legte seine Ansichten in einem sechsbändigen Werke nieder, das 1899 in deutscher Übersetzung erschien. Darin entwickelte er, wohl im Anschlusse an die besten Sachverständigen doch in selbständiger Geistesarbeit, die Kriegführung der Zukunft. Die Taktik werde durch die Ausbildung der Feuerwaffen beherrscht sein, also auf der Überlegenheit der Verteidigung über den Angriff beruhen. Er erkannte, daß beide Teile feste Verschanzungen von nie dagewesener Längenausdehnung anlegen werden; und ebenso richtig sagte er vorher, daß die Schlachten der Zukunft insofgedessen eine außerordentliche Dauer haben und von furchtbaren Verlusten begleitet sein müssen. Daraus zog er den Schluß, daß ein Angriffskrieg fortan als Torheit zu betrachten sei. Denn angesichts der größeren Kraft der Verteidigung werde sich der Angreifer verbluten müssen. Diese bestimmte Voraussicht solle und werde jeden Staat abschrecken, die Entscheidung durch die Waffen anzurufen. Das müsse den Gedanken des dauernden Friedens auf Erden der Erfüllung zuführen. Darauf zielte der Beweisgang des gewichtigen Buches, welches angesichts der Nutzlosigkeit künftiger Kriege die allgemeine Abrüstung vorschlug.

Von einem anderen Standpunkte versuchte einige Jahre später Normann Angell die Nutzlosigkeit künftiger Kriege darzulegen. In seinem Buche „The great illusion“ (Die große Täuschung) trat er den Beweis an, es sei ein verderblicher Irrtum anzunehmen, daß der eine Teil den anderen wirtschaftlich niederzukämpfen und aus seinem Siege die ökonomischen Vorteile ziehen werde wie in den Handels- und Seekriegen vergangener Zeiten. Denn die Weltwirtschaft sei ein Ganzes geworden, so daß künftig der Angreifer in gleicher Weise wie der Angegriffene leiden und zuletzt hinsiechen werde, selbst wenn er den anderen militärisch zu Boden schlage. Angell schloß daraus, daß die Zeit der großen Kriege vorüber sei, ein Irrtum, der mit einer gewissen Flachheit vorgetragen ist, aus der sich der gewaltige buchhändlerische Erfolg seines Buches zum guten Teil erklärt. Denn die meisten Leser sind dankbar, wenn dasjenige, was sie wünschen, ihnen durch nächstliegende, allgemeinverständliche Argumente

glaubhaft gemacht ist und die Gegen Gründe mit einem rosenroten Schleier verhüllt werden.

Der Irrtum dieser Männer liegt nicht in dem von ihnen angetretenen Beweise der verderblichen Folgen künftiger Kriege, worüber vielmehr Treffendes gesagt ist, sondern in der Annahme, daß die Menschen sich in ihren Taten jemals ausschließlich oder vorwiegend durch Verstandesgründe werden bestimmen lassen. Gefühle und Leidenschaften üben von jeher denselben und größeren Einfluß. Deshalb sind die Versuche gescheitert, durch die Schilderung der Verheerungen des Krieges dem ewigen Frieden zum Siege zu verhelfen. Der Gedanke an Tod und Wunden hat nichts Schreckliches für Männer, welche die Wahl zu haben glauben zwischen der Wohlfahrt und dem Verderben ihres Vaterlandes, zwischen Sieg und Niederlage ihrer religiösen, politischen und sozialen Ideen, zwischen ökonomischer Herrschaft und Vernichtung ihres Wohlstandes; dazu kommt noch die ungezügelte Kampflust allein um des Kampfes willen. Dem historischen Sinn, der von der Vergangenheit auf die Zukunft schließt, ist es nicht glaubhaft, daß sich die Menschen jemals bloß durch die Vernunft und nicht noch stärker durch die elementaren Triebe ihrer Natur leiten lassen werden.

Dem sei, wie ihm wolle: Nikolaus II. ließ, vornehmlich durch Iwan von Bloch bestimmt, durch den Minister des Außern Murawiew am 24. August 1898 an alle in Petersburg durch Gesandte vertretenen Staaten ein Rundschreiben ergehen, welches durch sein Bekenntnis zum ewigen Frieden das allgemeine Staunen erregte. Des Zaren amtliche Ratgeber, unter denen Finanzminister Witte hervorragte, haben sich gewiß keiner Täuschung über den Erfolg der Anregung hingegeben, erkannten aber, wie vorteilhaft es für Rußland wäre, wenn Europa in Sicherheit gewiegt werden könnte, während sich das Zarenreich in Asien mächtig ausbreitete. In dem Rundschreiben war gesagt, der Augenblick sei äußerst günstig, „um allen Völkern die Wohltaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen“. Rußland lud die anderen Staaten zu einer gemeinsamen Beratung des Planes ein. „Die Konferenz,“ so hieß es weiter, „werde mit Gottes Hilfe ein günstiges Vorzeichen für das kommende Jahrhundert sein. Sie würde in einem mächtigen Bunde die Bestrebungen aller Staaten vereinigen, die aufrichtig bemüht sind, den großen Ge-

danke des Weltfriedens triumphieren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht¹⁾."

Reiche Hoffnungen, ein Aberschwang, der in scharfem Widerspruche mit der Weltlage stand. Europa selbst war in diesem Zeitpunkte zwar befriedet, die übrige Welt jedoch von Kriegsgetümmel erfüllt oder in schlimme Händel verwickelt. Spanien wurde in dem Monate, in dem das russische Rundschreiben abging, von der Union zu Boden geschlagen und sah einem verlustvollen Frieden entgegen. England war mit Frankreich wegen des oberen Nil hart aneinandergeraten, ein Krieg drohte, da Ritchener im September 1898 zu Fatschoda eintraf und von Marchand gebieterisch das Einziehen der französischen Fahne forderte. Noch war die Eroberung des Sudan durch die Briten nicht beendet, diese aber bereiteten bereits die Zertretung der Burenrepubliken vor. Andererseits zwang das Vordringen der Russen in Ostasien die Engländer zur Wachsamkeit; es war nur ein Waffenstillstand, als sich die zwei Weltreiche am 28. April 1899 über ihre Einflußgebiete im Reiche der Mitte einigten, womit dessen Teilung ins Auge gefaßt war. Selten waren in früheren Epochen gleich weite Weltstriche unter den Hammer gekommen: die Gewaltigen verfügten über sie nach Willkür.

Würde die Geschichte nur dasjenige zu verzeichnen haben, was für das bisherige Schicksal des Menschengeschlechtes von Bedeutung gewesen ist, so könnte sie über die Haager Friedenskonferenz kurz hinweggehen. Das Wenige, was zustandegebracht wurde, ist fast ganz in dem Blutstrom des heraufziehenden Weltkrieges zerflossen.

Die Allgemeinheiten des Rundschreibens vom 24. August 1898 eigneten sich nach der Ansicht der maßgebenden Kabinette nicht zur Grundlage einer Konferenzberatung. Die russische Regierung zog also in einer zweiten Depesche vom 11. Januar 1899 die Grenzen enger. In dem neuen Programm war vom ewigen Frieden nicht mehr die Rede, in der Hauptsache wurden vielmehr etwas bescheidenere Ziele gesetzt: Beratung über das Innehalten der militärischen Rüstungen und grundsätzliche Annahme eines nicht obligatorischen Schiedsverfahrens bei Streitfällen. Auf dieser Grundlage trat am 18. Mai im Haag unter Teilnahme von 26 Regierungen die erste Friedenskonferenz zusammen. Den Papst berührte es schmerzlich, daß er auf Betreiben

¹⁾ Alfred H. Fried, „Handbuch der Friedensbewegung“ (2. Aufl., Berlin und Leipzig 1911).

Italiens keine Einladung erhielt; ebenso blieben die Burenrepubliken und Bulgarien ausgeschlossen, weil England und die Türkei darauf beharrten, daß sie fremder Souveränität unterstünden. Den Vorsitz der Haager Konferenz führte der russische Botschafter in London, Freiherr von Staal. Die Beratungen währten bis zum 29. Juli 1899 und endigten rechtzeitig, sonst hätten noch die Kanonenschüsse des im Oktober in Südafrika entbrennenden Krieges in den Sitzungsfaal gedröhnt.

Auf der Konferenz wurden begeisterte Friedensreden von den Vertretern gerade der Mächte gehalten, die mit großen Eroberungen beschäftigt waren. Deutschland dagegen, das eine friedliche äußere Politik trieb, ließ deutlich erkennen, daß es von dem glänzenden Schauspiele keinen sonderlichen Erfolg erwartete; es war auch nicht zu Zusagen bereit, die es nicht erfüllen konnte. Das war der Fall, als Rußland durch seinen Militärbevollmächtigten den wunderschönen Vorschlag unterbreitete, daß durch fünf Jahre die Armee keines Staates, von den Kolonialtruppen abgesehen, vergrößert werden solle und daß auch das Kriegsbudget nicht erhöht werden dürfe. Keine der Großmächte glaubte an die Möglichkeit der Durchführung, alle aber, mit Ausnahme Deutschlands, gaben sich den Anschein, als stimmten sie zu, oder sie verhielten sich abwartend. Die deutsche Regierung ließ unumwunden erklären, die Durchführung sei unmöglich, sie könne sich nicht an unnützen Beschlußfassungen beteiligen. Das war ehrlich gesprochen, diese Schroffheit ließ aber die Klugheit und Feinheit vermessen, mit der die anderen Weltmächte um den Beifall der großen Menge warben. Die deutsche Diplomatie lieferte sich dem pazifistischen Chor der Rache als Sünderin aus.

Auch England überließ die Opposition gegen das Prinzip der Abrüstung den deutschen Vertretern. Es sparte seinen Widerstand auf, bis die Bestimmungen über den Seekrieg zur Sprache kamen. Hier aber war wieder Großbritannien unbeugsam. Es weigerte sich, den Neutralen oder den Gegnern Zugeständnisse in bezug auf deren Handel zu machen. Es dachte nicht daran, sich die Gewaltmittel einengen zu lassen. Da somit ein Vertrag über den Seekrieg nicht zustande kam, begnügte sich die Konferenz mit dem Aussprechen von Wünschen, einmal, daß in künftigen Kriegen das Privateigentum zur See ebenso unverleßlich sein solle wie das zu Lande, dann daß die Beschießung von nicht verteidigten Häfen, Städten und Dörfern

zu unterbleiben habe. Großbritannien stimmte jedoch auch gegen diese Wünsche, und sein Vertreter, Admiral Sir John Fisher, sprach die geflügelten Worte: „Wenn es das Wohl Englands gebiete, werde es sich den Teufel um völkerrechtliche Abmachungen scheren!“

Sonach waren die Ergebnisse gering. Es kamen allerdings drei Verträge zustande und daneben drei Deklarationen, aber die Beschlüsse haben zur Milderung des Völkerrechts wenig beigetragen, auch sind sie im Kriegsfall fast durchweg mißachtet worden. Die drei Deklarationen richteten sich gegen das Abschießen von Geschossen aus Luftballons (was aber bei der Entwicklung der Luftschiffahrt später übereinstimmend fallen gelassen wurde), dann wieder gegen den Gebrauch von Dumdumkugeln — welche die Wunde zu vergrößern geeignet wären — und endlich gegen die Anwendung von Geschossen, die Stickgase oder giftige Gase enthalten. Unter den drei Verträgen bezog sich einer auf den Seekrieg; es war aber bloß gesagt, daß auch für ihn die Grundsätze der Genfer Konvention von 1864 gelten sollten, was den Spitalern, den Verwundeten und den Gefangenen zugute kam. Der zweite Vertrag enthielt die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, ein schwacher Damm, der in den Stürmen des Weltkrieges zusammenstürzen sollte. Der dritte enthielt eine Vereinbarung über die Einsetzung von Schiedsgerichten in Streitfällen und über das dabei einzuhaltende Verfahren. Dieses Abkommen galt als schönstes Ergebnis, es war der Trost für das Scheitern größerer Hoffnungen. Dem muß von jedem Standpunkt aus zugestimmt werden, es stellte sich aber heraus, daß das Schiedsverfahren nur in den Fällen angerufen wurde und durchgriff, die sich auch früher hatten friedlich schlichten lassen. Ernstere Kriegsanklässe sind auf diesem Wege nicht aus dem Wege geräumt worden.

Edle Vorsätze, menschenfreundliche Anregungen sind über Spott und Tadel erhaben. Es ist der Mühe wert, immer aufs neue zu versuchen, ob Streitigkeiten unter den Staaten nicht friedlich beigelegt sind. Nur muß man sich vor Überschätzung des Errungenen hüten, weil der Schaden sonst größer ist als der Gewinn. Die über die Geister gebreitete Nebeldecke erweist einer selbstischen, einer Gewaltpolitik vortreffliche Dienste.

Die Fälle, in denen ein ruhmrediger Pazifismus den Deckmantel für kriegerische Anschläge gebildet hat, sind zahlreich genug. Leben und Taten Theodor Roosevelts bieten das sprechendste Beispiel. Er

war nicht bloß einer der Anstifter des Krieges der Union mit Spanien, nicht bloß der harte Bedrücker der für ihre Freiheit kämpfenden Bewohner der Philippinen: immer predigte er das Vorrecht der Gewalt, so oft die wirkliche oder vermeintliche Wohlfahrt Amerikas in Frage kam. Es war, als wenn er sich den Übermenschen Nietzsche zum Vorbilde genommen hätte. Trotzdem wurde ihm 1906 der große Friedenspreis der Nobelstiftung erteilt, weil er die Vermittlung zwischen Japan und Rußland übernommen und durchgeführt hatte. Das war eine Verlockung für ihn, die Ratschläge zur Gewalt, die er seinen Landsleuten wie den Briten gab, mit pazifistischen Redensarten zu verbrämen, durch welche er die Schwachköpfe täuschte und wirklicher Friedensarbeit den Weg verrammelte. Auf dasselbe Blatt gehören die Programme und Maßnahmen der Lenker der Freimaurervereine Italiens: sie gaukelten die Versöhnung mit Frankreich und die Vorbereitung des allgemeinen Völkerfriedens vor, um dem italienischen Volke den Krieg gegen Österreich schmachhaft zu machen. Obwohl ihre Methode durchsichtig war, gaben sich die Friedensfreunde in Österreich und Deutschland den Anschein, ihnen zu glauben, oder sie ließen sich wirklich täuschen und behandelten ihre schärfsten Gegner als Brüder und Freunde. In der gegen Deutschland gerichteten Politik König Eduards VII. bildeten die Weltfriedensbestrebungen den gefälligen Vorhang, hinter dem sich die Schöpfung eines gefahrdrohenden Bündnisystems verbarg. Am Eingange dieser Politik steht der zwischen England und Frankreich 1903 vereinbarte Schiedsvertrag, der erste, der zwischen europäischen Großmächten eine ständige Schiedsgerichtsbarkeit aufrichtete. König Eduard und sein Minister Lansdowne, auf der anderen Seite Delcassé haben den bescheidenen Wert des Grundsatzes richtig eingeschätzt und riefen sich vergnügt die Hände, als ihre Tat von den Pazifisten als Beginn einer neuen Epoche gefeiert wurde. In den Büchern und Zeitschriften dieser Richtung, auch in denen Deutschlands, wurde Eduard VII. fortan häufig mit dem Titel eines Friedensfürsten beehrt, so oft auch die von ihm geknüpften Bündnisse den Frieden in Frage stellten.

Zweifach waren die Motive, aus denen die Männer der Friedensbewegung den englischen König oder Roosevelt oder den Bürgermeister von Rom, Nathan, als Genossen oder Bahnbrecher feierten. Die große Menge ließ sich, wie gewöhnlich, durch den Schein täuschen, die Überschlauen unter den Pazifisten wieder legten sich die

Taktik zurecht, man müsse die mit Friedensreden freigebigen Machthaber umschmeicheln, um sie für das allgemeine Wohl zu gewinnen und zu verpflichten. Diese Diplomatie des Pazifismus gereichte der englischen und französischen Politik zu großem Nutzen: Eduard VII. wurde auf diese Weise von seinem Landsmanne Stead gedeckt, Delcassé von Leon Bourgeois. Der den Machthabern gestreute Weihrauch hat nicht ihnen die Sinne benebelt, wohl aber die öffentliche Meinung über ihre Pläne irreführt. Die Höflingskünste der Friedenskonferenzen sind nicht der Sache, der sie dienen sollten, zugute gekommen, sondern waren ein Faktor in der Rechnung derjenigen, welche einen Krieg planten oder doch für unvermeidlich ansahen.

Auf der Haager Konferenz hüllten sich die erobernden Weltmächte in das Gewand der Friedfertigkeit. Gerede und Getue auf dieser Versammlung bildeten den Schleier, hinter welchem die Vorstöße Rußlands gegen die Mandschurei, Korea und Tibet in die Wege geleitet wurden, Amerika sich in den Besitz Kubas und der Philippinen setzte, England den Angriff auf die Buren vorbereitete.

